



EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



with the contribution of the European Commission



PRINCE 2004

One more brick on the bridge

Enlargement: supporting the civil society in four European regions in order to reduce doubts and fears

Region Brandenburg

Ergebniszusammenfassung (Kurzfassung)

**Dr. Harald Kohler
Prof. Dr. Josef Schmid**

März 2006

Kontakt:

Prof. Dr. Josef Schmid
Eberhard Karls Universität Tübingen
Institut für Politikwissenschaft
Melanchthonstr. 36, 72074 Tübingen
Tel.: 07071/ 29-74506
Fax: 07071/ 29417

Dr. Harald Kohler
Eberhard Karls Universität Tübingen
Institut für Politikwissenschaft
Melanchthonstr. 36, 72074 Tübingen
Tel.: 07071/ 29-78370
Fax: 07071/ 29417

INHALTSVERZEICHNIS

1. GEGENSTAND UND HINTERGRUND DER UNTERSUCHUNG	4
2. ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNG	5
2.1 Ökonomische Dimension der EU-Erweiterung	5
2.2 Soziale und kulturelle Dimension der EU-Erweiterung	6
3. ERGEBNISZUSAMMENFASSUNG	8

1. Gegenstand und Hintergrund der Untersuchung

Vor dem Hintergrund der jüngsten EU-Erweiterung um zehn mittel-, ost- und süd-europäische Staaten zum 01. Mai 2004, den Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien sowie den Bewerbungen der Türkei und Kroatiens um eine EU-Mitgliedschaft ist es erforderlich sich mit den Chancen und Risiken der EU-Erweiterung vor allem für die einzelnen europäischen Regionen zu beschäftigen. Denn mit dem Beitritt der neuen Mitgliedstaaten treffen in der Europäischen Union höchst unterschiedliche Einkommens- und Sozialstandards aufeinander. Diese stellen die Europäische Union und die 15 alten europäischen Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine wirtschaftliche und soziale Integration der neuen EU-Beitrittsstaaten vor eine große Herausforderung.

Mit dem Projekt "One more brick on the bridge - Enlargement: supporting the civil society in four European regions in order to reduce doubts and fears" im Rahmen des Programms PRINCE versucht die **italienische Gewerkschaft ACLI** (Associazioni Cristiane Lavoratori Italiani) einen Beitrag zur sachlichen Diskussion der jüngsten EU-Erweiterung zu leisten. Das Projekt zielt darauf ab:

- ▶ die EU-Bürger mit den neuen EU-Mitgliedstaaten, die zum 01. Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, den Bewerberländern sowie der Perspektive einer zukünftigen Erweiterung und den Beziehungen der Europäischen Union zu seinen Nachbarländern vertraut zu machen;
- ▶ die Toleranz und das Verständnis für die erweiterte Europäische Union zu fördern;
- ▶ zu erklären, was europäische Staatsangehörigkeit im Hinblick auf neue Rechte und neue Möglichkeiten bedeutet.

Diese Ziele sollen in vier ausgewählten Regionen bzw. in einer Vier-Regionen umfassenden Perspektive durch das Projekt verfolgt werden. Als exemplarische europäische Regionen mit unterschiedlicher Wirtschaftsstärke und alter und neuer EU-(Innen-)Grenze wurden Brandenburg (Bundesrepublik Deutschland), Hainaut (Belgien), das Elsass (Frankreich) und Friuli Venezia Giulia (Italien) ausgewählt. Konzeptionell enthält das Projektvorhaben drei Projektteile:

- ▶ Forschung,
- ▶ Erarbeitung von Informationsstrategien unter Einziehung der Zivilgesellschaft sowie
- ▶ Informations- und Sensibilisierungs-Kampagnen.

Die Kurzstudie für die Region Brandenburg - eine exemplarische europäische Region mit schwacher Wirtschaftskraft und neuer EU-(Innen-)Grenze (Ziel-1 Region bzw. zukünftig Konvergenzregion) - versucht einigen Aspekten der **ökonomischen, sozialen und kulturellen Dimension** der jüngsten EU-Erweiterung nachzugehen. Bei der Untersuchung kommen sowohl qualitative als auch quantitative Methoden zum Einsatz. Die Grundlage für die quantitative Untersuchung bildet die Zusammenstellung einiger zentraler Indikatoren zu den Bereichen Wohnbevölkerung, ökonomische Entwicklung, öffentliche Finanzen, Sozialstaat, Ausbildung, Forschung & Entwicklung, Zivilgesellschaft und europäische Partnerschaft für das Bundesland Brandenburg sowie die Bundesrepublik Deutschland als Vergleichsgröße. Qualitativ erfolgte die Untersuchung in Form von ca. 40 non-directed interviews mit Schlüsselakteuren (key informants) aus dem Land Brandenburg.

2. Ergebnisse der Untersuchung

2.1 Ökonomische Dimension der EU-Erweiterung

In seiner wirtschaftlichen Entwicklung weist das Land Brandenburg eine Zweiteilung auf. Während der (süd-)westliche Teil des Landes eine positive wirtschaftliche Entwicklung nimmt wie z.B. Landkreis Teltow-Fläming, ist die wirtschaftliche Entwicklung v.a. im nordöstlichen Brandenburg sehr problematisch. Dort kumulieren sich die wirtschaftlich-strukturellen Probleme des Landes Brandenburg. Neben der hohen Arbeitslosigkeit ist v.a. die Abwanderung junger Menschen im östlichen Brandenburg mit der Folge recht ungünstiger demographischer Perspektiven - insbesondere für die Grenzregion - zum zentralen wirtschaftlich-strukturellen Problem geworden, dessen sichtbare Folgen der Wohnungsleerstand und der dadurch notwendige Rückbau kommunaler Infrastruktur sind. Sowohl die hohe Arbeitslosigkeit im Land als auch die massive Abwanderung im östlichen Brandenburg stehen in keinem ursächlichen Zusammenhang mit der EU-Erweiterung, sondern sind zum Teil Folgen des Transformationsprozess der DDR-Wirtschaft.

Der aus der EU-Erweiterung resultierende wirtschaftliche Anpassungsdruck aufgrund der Strukturschwäche des Landes, darf jedoch nicht unterschätzt werden. Anpassungsprobleme für die brandenburgische Wirtschaft ergeben sich durch die geltende Dienstleistungsfreiheit für Unternehmen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. Dies führt zur Erhöhung der Marktkonkurrenzen und übt einen Preisdruck auf die brandenburgische Wirtschaft und damit verbunden auch einen Lohndruck auf die Arbeitnehmer aus. Die Situation des brandenburgischen Handwerks zeigt allerdings, dass der derzeitige Konkurrenzdruck auf das brandenburgische Handwerk vermutlich eher endogen, z.B. durch Auftragsverluste an

subventionierte Ich-AGs, als exogen durch ausländische Konkurrenzen verursacht ist. Darüber hinaus ist der aus der veränderten Wettbewerbssituation der brandenburgischen Betriebe ergebende Lohndruck auf die Arbeitnehmer bisher lediglich im Dienstleistungsbereich wahrzunehmen. Durch die Aussetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Einschränkungen bei der Dienstleistungsfreiheit kam es bislang zu keinem signifikanten Zuzug von Arbeitskräften aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere aus Polen, nach Brandenburg und damit zu keiner Verstärkung der Anpassung der gesamtqualifikatorischen Lohnstruktur (Lohndruck). Zudem wird die quantitative Dimension der Migration weit überschätzt. Deshalb ist auch nach der Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche des Landes und den hieraus resultierenden geringen "pull-factors" mit keiner massenhaften Arbeitskräftewanderung nach Brandenburg zu rechnen. Das Land wird für Migranten/innen auch zukünftig weniger ein Ziel, sondern vielmehr ein Sprungbrett in ökonomisch interessantere Regionen weiter westlich sein. Die öffentlich stark wahrgenommenen Produktionsverlagerungen von Unternehmen beschränken sich – auf der Grundlage der geführten Interviews – auf wenige Einzelfälle in Brandenburg. Bei den meisten Produktionsverlagerungen handelt sich zudem um Teilverlagerungen die mehr komplementärer als substituierender Art sind.

Ingesamt betrachtet wurden die Strukturschwächen des Bundeslandes Brandenburg durch die EU-Erweiterung nicht weiter verstärkt. Wie einige Wirtschaftsindikatoren, z.B. die Entwicklung des Auslandsumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe belegen, hat sich die EU-Erweiterung sogar durchaus positiv auf die regionale Entwicklung des Landes ausgewirkt.

2.2 Soziale und kulturelle Dimension der EU-Erweiterung

Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die soziale Situation in Brandenburg sind derzeit nicht festzustellen. Wenn es Veränderungen in der sozialen Situation gab, so sind diese auf endogene Ursachen, wie die jüngste bundesdeutsche Arbeitsmarktreform, zurückzuführen. Auch die Kriminalität nimmt in Brandenburg nicht zu, sondern tendenziell ab.

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern besitzt das Bundesland eine spezifische Form von Migration - Zuweisungsmigration. Infolgedessen, durch die geringe Anzahl von Migranten, die in Brandenburg ansässig sind, sowie deren ethnische Zusammensetzung (Jüdische Migranten, Spätaussiedler und ehemalige Vertragsarbeiter der DDR, vor allem Vietnamesen) ergibt sich keine Notwendigkeit zu einer umfangreichen Integrationspolitik durch das Land. Dennoch gibt es in Brandenburg hervorzuhebende integrationsfördernde

Ansätze auf Landes- und Kommunalebene sowie in Unternehmen, wenngleich ihre Kohäsion – wie in allen anderen Bundesländern – eher gering ist.

Wird die kulturelle Dimension der EU-Erweiterung für Brandenburg betrachtet, so sind zwei Aspekte von besonderer Bedeutung: die Entwicklung von *Fremdenfeindlichkeit und Rassismus* sowie die *Entwicklung des interkulturellen Austausches*, insbesondere mit dem Nachbarland Polen.

Der Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit sind in Brandenburg nicht zu bestreitende Größen. Nach wie vor gibt es dort fremdenfeindliche Übergriffe und ein äußerst gewaltbereites rechtsextremistisches Umfeld. Allerdings formiert sich in Brandenburg durch aktives bürgerschaftliches Engagement in zunehmendem Maße gesellschaftlicher Widerstand. Umfangreiche Aufklärungsaktivitäten u.a. der brandenburgischen Landesregierung unterstützen diesen zivilgesellschaftlichen Widerstand.

Über die Jahre hinweg haben sich relativ kontinuierlich kulturelle, sportliche, bürgerschaftliche Kontakte zum Nachbarland Polen entwickelt, die institutionell von den Kommunen unterstützt wurden. Hieraus entstanden u.a. Kooperationen von Feuerwehren, gemeinsame deutsch-polnische Kindergärten und Schulprojekte, wenngleich nicht flächendeckend und mit unterschiedlicher Intensität. Daneben trugen das deutsch-polnische Jugendwerk, die Europa Universität Viadrina sowie die grenzüberschreitende interkommunale Zusammenarbeit der deutsch-polnischen Grenzstädte zur Intensivierung des deutsch-polnischen Austausches und Dialogs bei. Durch den EU-Beitritt des Nachbarlands hat das gegenseitige Interesse an einem Austausch darüber hinaus eine Verstärkung erfahren.

Werden ausschließlich die konfessionellen, parteilichen und gewerkschaftlichen Bindungen betrachtet so ist der Schluss nahe, dass die Zivilgesellschaft in Brandenburg weniger ausgeprägt ist als in den alten Bundesländern. Dass dies nicht ganz zutreffend ist, zeigen die vielen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten bzw. andere Formen zivilgesellschaftlicher Organisation in Brandenburg. Dadurch besitzt das Land durchaus ein großes zivilgesellschaftliches Aktivitätsniveau *suis generis*, das mit den alten Bundesländern allein aufgrund anderer Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements nur bedingt vergleichbar ist.

3. Ergebniszusammenfassung

Viele der mit der EU-Erweiterung verbundenen Befürchtungen wie Kaufkraftverluste in den Grenzstädten nach Polen, umfangreiche Verluste bei den europäischen Strukturfondsmitteln, starker Zuzug von Arbeitskräften aus den neuen EU-Mitgliedstaaten und damit einhergehende Arbeitsplatzkonkurrenzen und Lohndruck, Anwachsen der sozialen Unterschiede in der Bevölkerung, zunehmende Kriminalität oder weiter ansteigende Fremdenfeindlichkeit sind bislang in Brandenburg nicht eingetreten. Ebenso wenig hat sich der schwache Industriebesatz des Landes durch Produktionsverlagerungen in die neuen EU-Mitgliedstaaten nach der EU-Erweiterung weiter verringert. Allerdings dürfte sich die Position des Landes beim Standortwettbewerb um die betrieblichen Verlagerungspotentiale im In- und Ausland durch die EU-Erweiterung verschlechtert haben.

Als zentraler empirischer Befund der Untersuchung ergibt sich somit, dass auch strukturschwache europäische Regionen, wie das Bundesland Brandenburg, entgegen den Erwartungen von der EU-Erweiterung profitieren können; sei es auch nur insofern, als sich ihre Lage dadurch nicht weiter verschlechtert. Jedenfalls erfahren die Strukturschwächen des Landes durch die EU-Erweiterung keine Verstärkung, sondern eröffnen im Gegenteil dem Land Optionen, diese Strukturschwächen längerfristig abzubauen.